Niederschrift
über die 43. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr
am **Mittwoch, 28. Oktober 2020, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Dominique Kalb, Vorsitzender, CDU
Sascha Gröling, 1. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Eva Koch, 2. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Judith-Annette Boczkowski, Mitglied, SPD
Dietmar Bürger, Mitglied, SPD
Mario Lang, Mitglied, SPD
Holger Augustin, Mitglied, CDU
Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU
Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD (ab 19.05 Uhr, TOP 1)
Mirko Düsterdieck, Mitglied, Kasseler Linke (Vertretung für Violetta Bock)
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Freie Wähler (WfK) (ab 19.04 Uhr, TOP 1, Vertretung für Jörg Hildebrandt)

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD (bis 17.30 Uhr, TOP 4)
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung
Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Matthias Nölke, Mitglied, FDP
Pasquale Malva, Vertreter des Ausländerbeirates
Heinz Gunter Drubel, Vertreter des Seniorenbeirates
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Volker Mohr, Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz
Dr. Georg Förster, Straßenverkehr- und Tiefbauamt

Tagesordnung:

1.	**Änderung Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) - Alter Ortskern Wehlheiden**	101.18.1855
2.	**Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VII/13 „Lossegrund“ (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss)**	101.18.1856
3.	**Einleitung eines Wegeeinziehungsverfahrens nach § 6 des Hessischen Straßengesetzes für eine Teilfläche der öffentlichen Verkehrsfläche "Vogelsang", Gemarkung Bettenhausen, Flur 8, Teilfläche des Flurstücks 24/15 und Flur 4, Teilfläche des Flurstücks 116/6 (Teileinziehung für den Kraftfahrzeugverkehr)**	101.18.1883
4.	**Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/14 "Wolfhager Straße 392" (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss)**	101.18.1857
5.	**Sozialer Zusammenhalt Wesertor 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Wesertor sowie Verlängerungsantrag für die Förderlaufzeit im Bund-Länder-Programm Sozialer Zusammenhalt**	101.18.1858
6.	**Höhe von Strafen bei Verstoß gegen die Baumschutzsatzung**	101.18.1844
7.	**Interessenskonflikt zwischen Photovoltaikanlagen und Denkmalschutz**	101.18.1845
8.	**Straßenbahntrasse nach Harleshausen**	101.18.1865
9.	**Verfügbarkeit von Gewerbeflächen in Kassel**	101.18.1868
10.	**Planungen Rembrandtstraße**	101.18.1878
11.	**Lichtsignalanlagen auf der Wolfhager Straße**	101.18.1892
12.	**Feste und bezahlte Aufstellflächen für E-Scooter**	101.18.1899
13.	**Wohnungsbau und Sozialquote**	101.18.1902
14.	**Aus- und Weiterbau der BAB 49 fortsetzen**	101.18.1903

Vorsitzender Kalb eröffnet die mit der Einladung vom 21. Oktober 2020 ordnungsgemäß einberufene 43. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Kalb teilt mit, dass die Tagesordnung um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Verkehrswende: A49 Neubau stoppen, 101.18.1915, erweitert werden soll. Stadtverordneter Düsterdieck, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: Kasseler Linke, WfK
Ablehnung: SPD, CDU, AfD
Enthaltung: B90/Grüne
Abwesend: FDP+FW+Piraten

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Verkehrswende: A49 Neubau stoppen, 101.18.1915, wird **abgelehnt.**

Der Antrag wird für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt.

Stadtbaurat Nolda teilt mit, dass der Magistrat den **Tagesordnungspunkt 9** betr. Verfügbarkeit von Gewerbeflächen in Kassel, 101.18.1868, wegen fehlender Informationen noch nicht komplett beantworten kann und bittet um Verschiebung auf die nächste Sitzung. Der Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt und für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt.

Vorsitzender Kalb teilt in Abstimmung mit den jeweiligen Fraktionen mit, dass die **Tagesordnungspunkte**

6 betr. Höhe von Strafen bei Verstoß gegen die Baumschutzsatzung, 101.18.1844,
7 betr. Interessenskonflikt zwischen Photovoltaikanlagen und Denkmalschutz, 101.18.1845,
11 betr. Lichtsignalanlagen auf der Wolfhager Straße, 101.18.1892,
und
13 betr. Wohnungsbau und Sozialquote, 101.18.1902,

von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt werden. Wenn möglich, soll die schriftliche Beantwortung bereits mit der Einladung versandt werden.

Vorsitzender Kalb stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Änderung Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) - Alter Ortskern Wehlheiden
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1855 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem geänderten Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) für den alten Ortskern von Wehlheiden (Stand Juli 2020), wird zugestimmt.

Das ISEK ist als strategisches Planungsinstrument ausgerichtet auf den Zeitraum der nächsten 10 Jahre. Das Verwaltungshandeln wird sich künftig an den Zielen des ISEKs orientieren und sich stetig weiterentwickeln. Mit dem Beschluss durch die städtischen Gremien erhält das ISEK den Status eines Umsetzungsauftrags an die Verwaltung."

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Änderung Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) - Alter Ortskern Wehlheiden, 101.18.1855, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Gröling

2. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VII/13 „Lossegrund" (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1856 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Für das Gebiet, welches im Nordosten durch die Straßenmitte der Eichwaldstraße, im Südosten weitestgehend durch die Grenze der ehemaligen Joseph-von-Eichendorff- Schule und durch die Wohngrundstücke im Bereich Eichwaldstraße sowie die östliche Grenze des Olebachwegs, im Südwesten durch die westliche Grenze des Olebachwegs sowie die westliche und südliche Grenze des Vogelsangs, im Westen durch das Ostufer der Losse sowie im Nordwesten und Norden vorwiegend durch die Wohngrundstücke im Bereich Vogelsang und Eichwaldstraße begrenzt wird, soll gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 30 Abs. (1) BauGB ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Das Bebauungsplanverfahren wird beschleunigt nach § 13a BauGB durchgeführt.

Ziel und Zweck der Planung ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine umfassende Neuentwicklung des Geländes der ehemaligen Joseph-von-Eichendorff-Schule im Kasseler Stadtteil Bettenhausen zu einem Wohnquartier.

Dem Entwurf des Bebauungsplanes wird zugestimmt. Er soll gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt werden.“

Stadtbaurat Nolda und Herr Mohr, Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz, beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: CDU
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VII/13 „Lossegrund“ (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss), 101.18.1856, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kieselbach

3. Einleitung eines Wegeeinziehungsverfahrens nach § 6 des Hessischen Straßengesetzes für eine Teilfläche der öffentlichen Verkehrsfläche "Vogelsang", Gemarkung Bettenhausen, Flur 8, Teilfläche des Flurstücks 24/15 und Flur 4, Teilfläche des Flurstücks 116/6 (Teileinziehung für den Kraftfahrzeugverkehr)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1883 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Einziehung des in den beigefügten Lageplänen 1 und 2 fett umrandet und schraffiert dargestellten Teils der öffentlichen Verkehrsfläche „Vogelsang“, Gemarkung Bettenhausen, Flur 8, Teilfläche des Flurstücks 24/15 und Flur 4, Teilfläche des Flurstücks 116/6 für den Kfz.- Verkehr wird zugestimmt.
Ein Verkehrsbedürfnis besteht für diese Fläche nicht mehr.
Das Wegeeinziehungsverfahren nach den Bestimmungen des Hessischen Straßengesetzes in der Fassung vom 08.06.2003 ist einzuleiten.“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke, WfK
Ablehnung: CDU
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Einleitung eines Wegeeinziehungsverfahrens nach § 6 des Hessischen Straßengesetzes für eine Teilfläche der öffentlichen Verkehrsfläche "Vogelsang", Gemarkung Bettenhausen, Flur 8, Teilfläche des Flurstücks 24/15 und Flur 4, Teilfläche des Flurstücks 116/6 (Teileinziehung für den Kraftfahrzeugverkehr), 101.18.1883, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Müller

4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/14 "Wolfhager Straße 392" (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1857 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Für das Gebiet zwischen Wolfhager Straße, Am Anger und Hirtenweg soll der vorhabenbezogene Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/14 „Wolfhager Straße 392“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 30 Abs. 2 BauGB aufgestellt werden. Das Bebauungsplanverfahren wird beschleunigt nach § 13a BauGB durchgeführt.

Ziel und Zweck der Planung ist die Erweiterung des bestehenden Drogeriemarktes planungsrechtlich vorzubereiten und somit die Versorgung des Bedarfs an Drogerieangeboten zu verbessern und langfristig zu sichern. Darüber hinaus soll neuer Wohnraum geschaffen und das leerstehende Kulturdenkmal auf dem Vorhabengrundstück reaktiviert werden.
Dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird zugestimmt. Er soll gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt werden.“

Herr Mohr, Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz, beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/14 "Wolfhager Straße 392" (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss), 101.18.1857, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dreyer

5. Sozialer Zusammenhalt Wesertor
2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Wesertor sowie Verlängerungsantrag für die Förderlaufzeit im Bund-Länder-Programm Sozialer Zusammenhalt
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1858 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der zweiten Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Wesertor als Grundlage für die weitere Stadtteil- und Projektentwicklung sowie der erforderlichen Beantragung von Fördermitteln im Rahmen des Bund-Länder-Programms Sozialer Zusammenhalt wird zugestimmt.

Der damit notwendig werdenden Verlängerung der Förderlaufzeit um maximal 2 Jahre im Rahmen des Bund-Länder-Programms Sozialer Zusammenhalt für das Programmgebiet Kassel-Wesertor wird ebenfalls zugestimmt.

Mit dem Beschluss der städtischen Gremien erhält das Integrierte Handlungskonzept Wesertor den Status eines Umsetzungsauftrags an die Verwaltung."

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Sozialer Zusammenhalt Wesertor
2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Wesertor sowie Verlängerungsantrag für die Förderlaufzeit im Bund-Länder-Programm Sozialer Zusammenhalt, 101.18.1858, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Düsterdieck

6. Höhe von Strafen bei Verstoß gegen die Baumschutzsatzung
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.1844 -

Abgesetzt

7. Interessenskonflikt zwischen Photovoltaikanlagen und Denkmalschutz
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.1845 -

Abgesetzt

8. Straßenbahntrasse nach Harleshausen
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.1865 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der Bearbeitungsstand der Machbarkeitsstudie?
2. Wie viele Varianten wurden geprüft? Wie unterscheiden sich die Varianten?
3. Gibt es eine Vorzugsvariante?
4. Wurde das Thema integrierte Stadtteilentwicklung in der Machbarkeitsstudie berücksichtigt?
5. Wie wird die Öffentlichkeitsbeteiligung vor dem Hintergrund der aktuellen Situation (Corona-Pandemie) erfolgen?
6. Welches sind die nächsten Schritte für die Umsetzung?
7. Wann werden die Ortsbeiräte informiert?
8. Wann erhalten die Stadtverordneten die Ergebnisse der Studie?
9. Wie ist der Ablauf der Beschlussfassung in den politischen Gremien geplant?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Stadtverordnete Koch beantragt, diesen Tagesordnungspunkt erneut auf die nächste Tagesordnung zu setzen, damit Stadtrat Stochla, der vorzeitig die Sitzung verlassen musste, weitere Fragen beantworten kann.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

9. Verfügbarkeit von Gewerbeflächen in Kassel
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1868 -

Abgesetzt

10. Planungen Rembrandtstraße
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1878 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der Stand der Planungen an der Frankfurter Str. 84, ehemaliges Versorgungsamt?
2. Wann wird der B-Plan für dieses Gebiet aufgestellt?
3. Was hat die Stadt bisher unternommen, um die BewohnerInnen der Rembrandtstraße zu schützen?
4. Wurde die Erarbeitung eines Sozialplans nach §180 BauGB geprüft?
5. Wie oft hat die Stadt Kassel in den letzten zehn Jahren einen Sozialplan nach §180 BauGB aufgestellt?

Stadtverordneter Düsterdieck, Fraktion Kasseler Linke, begründet die Anfrage.

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzender Kalb die Anfrage für erledigt.

11. Lichtsignalanlagen auf der Wolfhager Straße
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1892 -

Abgesetzt

12. Feste und bezahlte Aufstellflächen für E-Scooter
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1899 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Auf die kommerzielle Nutzung des öffentlichen Raums zum Abstellen von E-Scootern wird die Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren angewendet. Für die Genehmigung der Abstellflächen für E-Scooter kommerzieller Anbieter werden vorrangig Parkplatzflächen genutzt.

Stadtverordneter Düsterdieck, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag.

Stadtverordneter Gröling, SPD-Fraktion, begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion.

➢ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob ~~Auf die kommerzielle Nutzung des öffentlichen Raums zum Abstellen von E-Scootern wird~~ die Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren **auf die kommerzielle Nutzung des öffentlichen Raums zum Abstellen von E-Scootern angewendet werden kann.** ~~Für die Genehmigung der Abstellflächen für E-Scooter kommerzieller Anbieter werden vorrangig Parkplatzflächen genutzt.~~

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion betr. Feste und bezahlte Aufstellflächen für E-Scooter, 101.18.1899, wird **zugestimmt.**

- **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob die Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren **auf die kommerzielle Nutzung des öffentlichen Raums zum Abstellen von E-Scootern angewendet werden kann.**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Feste und bezahlte Aufstellflächen für E-Scooter, 101.18.1899, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hoppe

13. Wohnungsbau und Sozialquote
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1902 -

Abgesetzt

14. Aus- und Weiterbau der BAB 49 fortsetzen
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.1903 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Aus- und Weiterbau der BAB 49 im Rahmen des geltenden Baurechts aus und erklärt sich solidarisch mit den Anliegerkommunen, die sämtlich für den Weiterbau votiert haben. Im Zuge des Aus- und Weiterbaus fordert die Kasseler Stadtverordnetenversammlung deutlichere Lärmschutzmaßnahmen für die anliegenden Stadtteile.

Die Stadtverordnetenversammlung hat Verständnis für die Menschen, die friedlich gegen die Maßnahmen und anderer Auffassung sind. Gleichzeitig verurteilt sie den Einsatz von Gewalt und von Sachbeschädigung im Zuge der Proteste um den Aus- und Weiterbau der BAB 49.

Stadtverordneter Gröling, SPD-Fraktion, begründet den Antrag.

Im Rahmen der Diskussion ändert Stadtverordneter Gröling, SPD-Fraktion, den Antrag seiner Fraktion wie folgt ab.

➢ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Aus- und Weiterbau der BAB 49 im Rahmen des geltenden Baurechts aus und erklärt sich solidarisch mit den Anliegerkommunen, die sämtlich für den Weiterbau votiert haben. Im Zuge des Aus- und Weiterbaus fordert die Kasseler Stadtverordnetenversammlung deutlichere Lärmschutzmaßnahmen für die anliegenden Stadtteile.

Die Stadtverordnetenversammlung hat Verständnis für die Menschen, die friedlich gegen die Maßnahmen **protestieren** und anderer Auffassung sind. Gleichzeitig verurteilt sie den Einsatz von Gewalt und von Sachbeschädigung im Zuge der Proteste um den Aus- und Weiterbau der BAB 49.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, AfD
Ablehnung: B90/Grüne, Kasseler Linke, WfK
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Aus- und Weiterbau der BAB 49 fortsetzen, 101.18.1903, wird **zugestimmt.**

- **Änderungsantrag der AfD-Fraktion**

  Absatz 2 soll wie folgt geändert werden:

  Die Stadtverordnetenversammlung hat Verständnis für die Menschen, die **anderer Auffassung sind und** gegen die Maßnahmen **friedlich demonstrieren**. Gleichzeitig verurteilt sie den Einsatz von Gewalt und von Sachbeschädigung im Zuge der Proteste um den Aus- und Weiterbau der BAB 49 **ebenso wie Behinderung und Gefährdung von Verkehrsteilnehmern und ausführenden Auftragnehmern.**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, WfK
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion betr. Aus- und Weiterbau der BAB 49 fortsetzen, 101.18.1903, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Boczkowski

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Dominique Kalb
Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin